

Politik-Prominenz und pharmazeutische

Politische Bekenntnisse zum Mischpreis und vorgezogene Versprechen:
Beim Parlamentarischen Abend des BPI tickte schon die Wahl-Uhr ...

Die Bundestagswahlen, der Zweikampf zwischen Merkel und Schulz, die Furcht vor den Populisten und ihrem Abschneiden – es ist das größte politische Ereignis in diesem Jahr. Der BPI zählte beim Parlamentarischen Abend im März bereits die Tage, Stunden und Minuten bis zur Eröffnung der Wahllokale runter. Mit Spannung erwarteten die gut

200 Gäste dann auch die traditionell vor dem Unternehmertag stattfindende politische Podiumsdiskussion: Wie werden sich die Parteien im Wahlkampf positionieren, was steht auf deren gesundheitspolitischer Agenda? Die Gelegenheit, den Unternehmern auf diese Fragen zu antworten, nutzten Maria Michalk, gesundheitspolitische Sprecherin der Union, Dr. Edgar

Franke (SPD) und Dr. Harald Terpe (Bündnis 90/Die Grünen). Wenig überraschend wurde die Politik der vergangenen Legislatur verteidigt, allem voran das Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz – zumindest im Großen und Ganzen. Einig waren sich die Koalitionäre allerdings ganz und gar nicht bei der Verlängerung des Preismoratoriums. Für Michalk ist es das Ergebnis von

Unternehmen: Empfang in Berlins Mitte

Abwägungen, schließlich habe man auf die Umsatzschwelle verzichtet. Damit sei diese wirtschaftliche Zwangsmaßnahme gesellschaftspolitisch vertretbar. Für Franke ist eine derartige Verlängerung allerdings rechtlich höchst problematisch. Terpe betonte, dass es genügend Möglichkeiten gäbe, Preise zu verhandeln und es das Preismoratorium nicht mehr bräuchte.

Eine Einsicht, die sich nicht nur BPI-Vorstandsvorsitzender Dr. Martin Zentgraf gewünscht hätte, bevor die Messen gelesen sind. Umso genauer hörte er auf dem Podium im Axica Kongresszentrum hin, als es um die Wirtschaftlichkeit des Mischpreises ging. Zu einer Haltung zum LSG-Beschluss aufgefordert, waren die Antworten erstaunlich eindeutig und sich die Parteien einig. So sicherte

Franke zu, dass der Gesundheitsausschuss nicht zulassen wird, dass der Mischpreis in Frage gestellt wird. Terpe betonte die Sinnhaftigkeit des Mischpreises. Für ihn ganz klar: Das Gesetz muss geändert werden. Maria Michalk wollte zwar keine politischen Konsequenzen zu einem Beschluss ankündigen, der nicht rechtskräftig ist. „Aber wenn es nötig ist, wird es gerade gerückt“, so die Unions-Sprecherin. JR



v. r. n. l.: Maria Michalk (Union), Dr. Harald Terpe (Bündnis 90/Die Grünen), Moderator Thomas Postina, Dr. Edgar Franke (SPD) und Dr. Martin Zentgraf (BPI)



Dr. Edgar Franke (rechts) und Dr. Martin Zentgraf



Henning Fahrenkamp (BPI, rechts) und Rolf Koschorrek (Beratung im Gesundheitswesen)



Dr. Norbert Gerbsch (BPI, rechts) und Dr. Dirk Vogel



Prof. Dr. Andreas Lehr (L et V Verlag, rechts) und Tjarko J. Schröder (Dt. Hausärzterverband)



Michael Hennrich (Union, rechts) und Sebastian Schütze (BPI)



Dr. Harald Terpe (Bündnis 90/Die Grünen, rechts), Beate Devoghele-Lalk (create.org, Mitte), Dr. Arnd Grosch (Dr. Grosch Consulting)



Kevin Rieger (BPI, rechts) und Dr. Rainer Oschmann (Schwabe)



Peter Reuschel (Bund i VC Beratung GmbH, rechts) und Maria Michalk (Union)